Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 578. Abendblatt. Dienstag, den 10. Dezember 1867.

Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Se. Majestät der König wohnte am Sonntag Abends der Vorstellung im Opernhause bei, ließ sich Montag Morgens von den Hofmarschällen Grafen Pückler und Perponcher, dem Geheimen Kabinetsrath v. Mühler, dem Oberst-Kämmerer Grafen Redern ꝛc. Vorträge halten, und ertheilte alsdann Audienzen dem General-Feldmarschall Grafen Wrangel, dem Herrn v. Bunsen und dem Fürsten zu Isenburg-Büdingen. Nachmittags machte Se. Majestät eine Ausfahrt und arbeitete vor dem Diner mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, welcher am Sonntag früh von der Fasanenjagd zu Ahrnsburg in Holstein wieder hierher zurückgekehrt ist.

— Der Justizminister Dr. Leonhardt wurde am Sonntag Mittags von Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen und den übrigen Königlichen Prinzen empfangen.

— Am 7. Dezember d. J. waren 60 Jahre verlaufen, seitdem der als vieljähriger Alterspräsident bekannte Wirkl. Geheime Rath und Chef-Präsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf in den Königlichen Justizdienst eingetreten. Eine verfrühte Nachricht über den Ablauf dieses Zeitabschnitts hatte schon am 4. d. M. entfernte Freunde herbeigerufen, welche den Jubilar am frühen Morgen dieses Tages mit einem vortrefflichen Choralgesang überraschten. Viele Besuche und zahlreiche Gratulationsbriefe füllten diesen und die nächstfolgenden Tage aus. Am späten Abend des 6. empfing der Jubilar einen Glückwunsch des soeben abgetretenen Justiz-Ministers, Grafen zur Lippe, welcher ihn, bei tiefer Bewegung, doch sehr erfreut zu haben scheint! — Am 7. brachten ihm die Beamten des Herrenhauses ihre Glückwünsche dar. Zahlreiche Besuche und sinnreiche Geschenke reihten sich daran an. Die an diesem Tage um 11 Uhr im Herrenhause stattfindende Sitzung der Justiz-Kommission nahm die Theilnahme des Jubilars in Anspruch. Der Vorsitzende der Kommission empfing ihn mit herzlicher Ansprache. Im Laufe der Berathung ging ein an den Jubilar gerichtetes eigenhändiges Schreiben Sr. Maj. des Königs ein, welches sofort, unter großer Theilnahme der Kommissions-Mitglieder, verlesen wurde. Dieses Allerhöchste huldreiche Schreiben gab dem Feste die eigentliche Weihe und der Jubilar betrachtet es als den Glanzpunkt seines ganzen reichen Lebens. Während der Sitzung wurde der Jubilar fortwährend durch Besuche, vornehmlich durch die Gratulation einer Deputation der großen konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses erfreut. Der Wirkl. Geh. Rath Präsident Graf Rittberg hatte an diesem Tage die Gönner und Freunde des Gefeierten zu einem Mittagsmahle vereinigt. Dabei wurde des Königs Majestät mit der Empfindung des tiefsten und ehrfurchtsvollsten Dankes gedacht und das Königliche Schreiben verlesen, dann Seitens des Gastgebers ein reicher und beredter Toast ausgebracht, der sofort beantwortet wurde. Man trennte sich am späten Abend, dankbar gegen den gütevollen Wirth, mit dem allseitigen Wunsche, daß der jugendliche Greis dem Könige, dem Vaterlande, seinen Verehrern und Freunden noch lange erhalten bleiben möge.

Das Königliche Handschreiben, zur Veröffentlichung Allerhöchst gestellt, lautet wie folgt: „Berlin, 7. Dezember 1867. Sie feiern heute den Tag, an welchem Sie vor 60 Jahren Ihre Kräfte dem Dienste Ihrer Könige und dem Vaterlande weihten. Der Beruf, dem Sie Ihrer Wahl nach Ihre Lebensthätigkeit widmeten, hat Sie nicht abgehalten in den Tagen, wo es sich um die Existenz des Staates handelte, den Degen zu ergreifen und Ihr Leben auf dem Schlachtfelde einzusetzen. Ihre erfolgreiche Thätigkeit in Ihrem Berufe, die mannigfachen und unausgesetzten Geschäfte, die Ihnen das Vertrauen und die Achtung Ihrer Mitbürger — ich möchte sagen — fast aufbürdete; Rath und That für Jedermann habend — das sind Erfolge, für die Ihr eigenes Gewissen Ihnen den höchsten Lohn zollt. Wie die Könige, Meine Vorfahren, Ihre Hingebung für den Dienst des Vaterlendes zu ehren wußten, beweiset Ihre Brust. Aber Mir sei es vergönnt, beim Ausspruche Meines Glückwunsches zu Ihrem so seltenen Feste, durch Verleihung des Großkreuzes Meines Rothen Adler-Ordens, es vor der Welt zu bekunden, in welchem Maße Ich Ihre Verdienste ehre und anerkennend zu belohnen wünsche. Mögen Sie noch lange Ihre Kräfte Mir und dem Vaterlande erhalten. Ihr dankbarer König.

(gez.) Wilhelm.

— Die Erklärungen des Regierungskommissarius gegenüber den Petitionen, betreffend die Reform der Kreis- und Provinzialordnung, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer Gemeindeordnung lauten nach dem Kommissionsbericht: „Die Staatsregierung sei nicht abgenigt, auf dem Gebiete des Gemeindelebens die Wünsche der Volksvertretung in Erwägung zu ziehen; und auch bereit, die Gemeindeverfassung, sobald hierzu ausreichendes Material vorliege, einer Revision zu unterwerfen und dabei diejenigen Abänderungen zu treffen, die durch ein wirkliches Bedürfniß bedingt werden sollten. — Die Staatsregierung habe indessen jedes Vorgehen auf diesem Gebiet bisher unterlassen, einerseits, weil durch die organisatorischen Geschäfte des laufenden Jahres ihre Arbeitskräfte hinlänglich in Anspruch genommen wurden, und andererseits, weil sie der Meinung sei, daß zuvörderst die Fortbildung der Kreisverfassung, die das Fundament des politischen Gemeindelebens bilde, abgewartet werden müsse, bevor mit legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeindeverfassung vorgegangen werden könne. Ueberdies seien der Staatsregierung bestimmte Angriffspunkte gegen die jetzt bestehende Gemeindeverfassung, abgesehen von dem Verlangen, den Gemeinden die Wahl ihrer Vorstände zu überlassen, nicht bekannt geworden. — Was die gutsherrliche Polizei anbetreffe, so sei auch hier die Staatsregierung nicht abgeneigt, die bessernde Hand anzulegen überall, wo sich ein Bedürfniß dazu herausstelle. — Dagegen scheine ihr keine Veranlassung vorzuliegen, mit einer Aufhebung oder Umgestaltung der gutsherrlichen Polizei vorzugehen, und sie werde sich hierzu nicht entschließen können, so lange ihr nicht die Ueberzeugung gewährt werde, daß die etwa vorzuschlagenden neuen Einrichtungen besser seien, als die bisher bestehenden.“ — Die Gemeindekommission hat trotzdem beschlossen, sämmtliche Petitionen der Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, noch in dieser Session der Landesvertretung den Entwurf einer neuen Kreisordnung und einer Provinzialordnung, sowie ein Gesetz wegen Aufhebung der gutsherrlichen Polizei vorzulegen. — Berichterstatter ist Abg. Dr. Lette.

— Das erste Verzeichniß der beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen weist 125 Nummern nach. Davon sind überwiesen: der Petitions-Kommission 36, der Agrarkommission 4, der Handelskommission 10, der Finanzkommission 17, der Justizkommission 28, der Gemeindekommission 26, der Unterrichtskommission 12, der Budgetkommission 2. Unter diesen Petitionen befinden sich mehrere um Einführung der Civilehe, um Emancipation der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche, verschiedene für und gegen die Gewerbefreiheit, mehrere um Aufhebung der Schuldhaft; 13 Petitionen bitten um Erlaß einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung, verschiedene um Erlaß des in der Verfassung versprochenen Schulgesetzes. — Mehrere Städte petitioniren um die Heranziehung der königlichen Bankkomtoire und Kommanditen zur Kommunalsteuer; mehrere Invaliden bitten um Erhöhung der Invalidenpension, mehrere Einwohner aus der Umgegend von Idstedt um Kriegsentschädigung für die durch die Schlacht von Idstedt 1850 erlittenen Verluste. — Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg bittet um Hebung der Nachtheile auf diplomatischem Wege, die noch immer für den Handelsverkehr mit Rußland bestehen. — Mehrere Petitionen bitten um endliche Gleichstellung der Juden in jeder Beziehung; ein Petent bittet um bessere Einrichtung und ausgedehntere Verbreitung der stenographischen Berichte des Hauses; mehrere Subalternbeamten bitten um Gehaltsverbesserung.

— Der „Köln. Ztg.“ berichtet man von hier: Die mehreren norddeutschen und süddeutschen Zeitungen telegraphirte Nachricht, Preußen habe Baierns sogenannte Verwahrung gegen die Ratifikationsklausel des Zollvereinsvertrages ausdrücklich zurückgewiesen, wird in unterrichteten Kreisen stark bezweifelt. Baierns Verwahrung war nicht gegen die Sache, sondern nur gegen das etwaige Mißtrauen Preußens gerichtet. Angesichts des Votums des Reichstages und der Zustimmung des Bundesrathes könnte Preußen nur mit der Klausel oder gar nicht ratifiziren. Würtemberg hatte angefragt, ob Preußen durch die Annahme der Garantie-Bündnisse die Klausel als erledigt ansehe. Preußen soll erwiedert haben, der Reichstags-Beschluß, so wie die Zustimmung des Bundesrathes habe die Klausel nothwendig gemacht und in so fern könne diese allerdings nicht ohne Weiteres als erledigt angesehen werde. Die Ansicht des Bundes-Präsidiums habe Graf Bismarck im Reichstage dahin ausgedrückt, daß die Ratifikation der Souveräne keinen Zweifel an der Vertragstreue zulasse.

Berlin, 9. Dezember. (Haus der Abgeordneten.) 13. Sitzung. (Forts.) Abg. Duncker: Wir hatten eine Erklärung der Regierung darüber erwartet, in welcher Weise sie sich denn die künftige Stellung des auswärtigen Ministeriums in Preußen denkt, da doch so viele wichtige Zweige auf den norddeutschen Bund übergegangen sind. Es entsteht die Frage, ob, wenn der norddeutsche Bund nach Außen diplomatisch auftritt, dies geschehen soll durch preußische Konsuln oder durch eine besondere Bundesdiplomatie, wie der Anfang in den Bundeskonsulaten gemacht ist. Soll die preußische Gesandtschaft Organ des Bundes werden, so können wir unmöglich eine Summe votiren, die einer größeren Gemeinschaft zur Last fallen sollte. Dies ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit. Daneben hat aber die Frage noch eine politische Tragweite. Denn von der Stellung der Staatsregierung zu dieser Frage hängt es ab, ob sie sich ferner in freiheitlich friedlichem Wege zu entwickeln gedenkt, oder auf dem Wege des Bruderkrieges. (Unruhe rechts.) Wenn die Herren nur Geduld haben, so werden Sie sehen, daß dies zu beweisen ist. So lange die preußische Regierung nicht unzweideutig erklärt, daß sie sich nur betrachtet als Vertreter des gesammten Vaterlandes; so lange sie nicht in der Diplomatie auf jede Sonderstellung verzichtet, so lange wird die Mißgunst in den übrigen deutschen Staaten wachsen, so lange werden sie sagen, es sei Preußen nicht Ernst mit der Sache, Preußen wolle nur seine eigene Vergrößerung; denn, folgern sie, Preußen will auf seine Großmachtstellung nicht verzichten, weil es der neuen Gestaltung der Dinge nicht traut und sich den Rückzug in seine frühere Stellung zurückbehalten will. Auch in anderer Beziehung erschwert sich die Regierung ihre Stellung, denn die neuesten diplomatischen Vorkommnisse haben bewiesen, daß ein norddeutscher Kleinstaat sich eine Zurechtweisung vom Herrn Bundeskanzler zugezogen hat, weil er sich in europäische Arrangements eingelassen hat. So lange Preußen auf seine Sonderstellung nicht verzichtet, kann derartigen Mißständen nicht mit Kraft und Nachdruck entgegen getreten werden. Zwar erkenne ich an, daß wir uns im Augenblicke noch in einem Uebergangsstadium befinden, allein es ist unsere Pflicht, die Ausgabe der Gelder genau zu prüfen und zu verlangen, daß die Sache klar gelegt werde. Die Durchgehung der einzelnen Etatstitel zeigt wirklich hohe Summen, von denen man glauben sollte, daß sie durch die neuen Verhältnisse überflüssig geworden, z. B. die Unterhandlungen bei dem Hamburger Senat. Noch unbedeutender dürfte die diplomatische Beziehung mit den Großherzogthümern Oldenburg und Weimar sein. Die Vertretung Preußens am sächsischen Hofe dürfte schon eher anzuerkennen sein. Die übrigen Gesandtschaftsposten innerhalb des norddeutschen Bundes bitte ich abzusetzen. Ich kann aus diesen Gründen nur die Annahme des Bennigsen'schen Antrages empfehlen und hoffe, daß eine entsprechende einheitliche Vertretung durchgeführt werden wird.

Abg. Graf zu Eulenburg: Das zu erstrebende Ziel einer einheitlichen Vertretung wird wohl auf beiden Seiten des Hauses als dasselbe angesehen werden, aber ebenso glaube ich auf die Uebereinstimmung darin rechnen zu können, daß ohne Herbeiführung eines schädlichen Vacuums diese Hoffnung so plötzlich verwirklicht werden könne. Der Bennigsensche Antrag scheint mir über das Ziel hinauszugehen, weil er im ersten Theile die Uebertragung des gesammten auswärtigen Ministeriums auf den norddeutschen Bund verlangt, da es sich doch nur um die Vertretung außerhalb des Bundes handeln kann. Für noch unrichtiger halte ich den zweiten Theil, die Gesandtschaften innerhalb des Bundes aufzuheben. Gerade innerhalb des Bundes dürfte eine diplomatische Vertretung unentbehrlich sein. Was das betrifft, daß durch Beibehaltung der auswärtigen Gesandtschaftsstellen die partikularistischen Sonderbestrebungen gefördert würden, so brauche er nur auf die der hessischen Regierung geschickte Note hinzuweisen. Er bitte, über die beiden Punkte des Bennigsenschen Antrages getheilt abstimmen zu lassen und stellt andernfalls das Amendement, die Staatsregierung zu ersuchen, die außerhalb des Bundes bestehenden bisherigen preußischen Gesandtschaftsposten auf den Bundesetat zu stellen. — Abg. Virchow: Ich finde, daß seit Jahren ein stetes Wachsen der Ausgaben eingetreten, das auch in diesem Jahre noch nicht geendet. Wenn zu unseren speziellen Ausgaben noch die hinzukommen, welche für die auswärtige Vertretung noch an den Bund abzuführen, so hat sich in den letzten zwanzig Jahren die Ausgabe verdoppelt. Ich weise noch auf einen Etatsposten, auf die Wartegelder hin, im Etat des Finanzministeriums. Derselbe beläuft sich auf 55,000 Rthlr., worunter 38,000 Rthlr. allein auf die mit den neuen Landestheilen übernommene Diplomatie, — die erbittertsten Feinde Preußens kommen. Es wäre erwünscht, wenn die Königliche Staatsregierung das Haus und das Volk aufklären wollte, warum diese Gesammt-Ausgaben vom preußischen Volke allein getragen werden sollen? Nur zwei Möglichkeiten sind denkbar. Entweder ist der Moment noch nicht gekommen, wo wir das Ausland zur Anerkennung des norddeutschen Bundes zwingen können, oder die finanzielle Lage des Bundes ist eine derartige, welche die Uebertragung der diplomatischen Vertretung auf ihn nicht gestattet. Dann wäre ich der Ansicht, daß diese Momente für die Abkürzung seines Bestehens sprächen. (Murren rechts). Wenn das preußische Volk alle Defizits decken soll, dann ist es in der That ein armes Volk, ein zu bedauerndes. Wenn wir ferner sehen, daß die preußische Diplomatie nur die Kunst kennt, freigebig zu sein, so muß ich gestehen, daß wir diese Kunst nicht auf die Dauer anerkennen können. Jetzt müssen wir den neuen Provinzen schon Zuschüsse von unseren Einnahmen gewähren, wie bei Hohenzollern und Waldeck der Fall war. Sie, die die Regierung unterstützen, gehen davon aus, daß es nur eine einzige Person in der ganzen Monarchie gäbe, welche im Stande ist die gesammte Diplomatie zu leiten. Wenn dies in der That richtig ist, dann würde daraus hervorgehen, daß eine so kostbare Institution keine glücklich geleitete gewesen ist, und daß das verausgabte Geld nicht die erwarteten Früchte getragen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich will nur in kurzen Worten einige Irrthümer des Vorredners berichtigen, und behalte mir vor, später meine Ansicht über den Antrag Bennigsen-Kanngießer zu äußern. Wenn der Hr. Vorredner hier erwähnt, daß wir an Männer, welche Preußen seither feindlich gegenüber gestanden, wie der Graf v. Platen-Hallermund Pensionen zahlen, so muß ich erklären, daß dies nicht der Fall ist, und weiß ich nicht, aus welcher trüben Quelle der Hr. Vorredner seine Nachricht geschöpft hat. Denjenigen Beamten der neuen Provinzen von der früheren Verwaltung aber, welche sich der Neugestaltung der Dinge unterworfen, können wir ihre Gehälter und Pensionen nicht vorenthalten. Sie würden berechtigt sein, sie von uns gerichtlich zu fordern. Wenn der Hr. Vorrednr aber tadelt, die K. preußische Diplomatie konferire nur durch Bestechung, so zeigt das nur, wie verschieden meine und seine Ansichten sind, und ich muß ihn deshalb daran erinnern, was ich ihm bereits früher gesagt in Betreff derjenigen Fächer, in welchen er, wie ich in der Diplomatie, anerkanntermaßen zu höher er Meisterschaft berufen ist und ich bewundere, wo er, eingedenk dieser Thatsachen, noch den Muth zu einer solchen Kritik, wie er sie eben ausgeübt hat, hernimmt. (Bravo rechts — Klatschen auf den Tribünen.) Der Präsident erklärt, daß diese Beifallsbezeugungen nicht statthaft seien. — Abg. Kanngießer befürwortet den von ihm und von dem Abg. v. Bennigsen gestellten Antrag. Er theilt die Bedenken des Abg. Graf zu Eulenburg nicht; die völkerrechtlichen Anerkennungen des Norddeutschen Bundes werden sich schon allmälig vollziehen, sobald erst Neid und Mißgunst verschwunden ist. Wozu die Gesandten in Weimar, Oldenburg, Hamburg ꝛc. nutzen, könne er nicht einsehen, er bitte deshalb, den betreffenden Antrag anzunehmen.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Die Regierung hält den Antrag in seinem ersten Theile für prinzipiell zweifellos richtig, und ich befinde mich, ich konstatire es gern, damit in Uebereinstimmung, daß der jetzige Zustand ein Provisorium, ein Uebergangsstadium, aus welchem heraus sich eine stärkere Vertretung der deutschen Diplomatie entwickeln wird. Ich verweise Sie zur Begründung meiner Ansicht auf die Thatsache, daß bekanntermaßen an Sachsen die Einladung zur Konferenz gesendet, und Sachsen in seiner Bundestreue — wie denn überhaupt das Verfahren Sachsens bei seinem Eintritt in den Bund ein durchaus bundesgetreues gewesen ist (Bravo! rechts.) — die Einladung an Preußen sendete, dem die diplomatische Vertretung des Bundes doch übertragen war. Wir streben diesem Ziele zu, aber mit Schonung der Bundesgenossen; wenn die Regierung und das Bundespräsidium nicht schon dazu geschritten, dem Bunde eine größere Vertretung nach Außen hin zu schaffen, so liegt der Grund nicht darin, weil sie fürchten, daß die auswärtigen Regierungen den Bund nicht anerkennen, sondern lediglich in der Schonung des Gesandtschaftsrecht der Bundesgenossen, und es wird, so lange die Bundesgenossen noch nicht selbst darauf verzichten, einzelnen Bundesgenossen Gesandtschaften zu halten, unbenommen bleiben und diesen es gestattet sein, den Schutz ihrer speziellen Staatsangehörigen auszuüben, so lange bis sie gewissermaßen als reife Früchte abfallen. Das diesmalige Zusammensein der Bundesgesandten hat bereits dahin geführt, daß ich Gelegenheit genommen habe, bei Sr. Maj. mündlich die Ernennung von mehreren Bundesgesandten zu erbitten, welche auch in ganz kurzer Zeit bevorsteht. (Lebhaftes Bravo.) — Was den zweiten Theil des Antrages anbetrifft, so kann ich mich demselben nicht anschließen und möchte bitten, darin der Geschäftskunde und den Erfahrungen der Regierung zu trauen. Diese Gesandtschaften sind eine unbedingte Nothwendigkeit und als Organe des Präsidiums und des Bundeskanzlers nicht gut entbehrlich. Welche Mittel wären wohl vorhanden, um auf die Bundesregierungen einzuwirken, wenn Sie die Gesandten im Wegfall bringen wollen. Ein direktes Schreiben an die Regierung hat nicht den Erfolg, wie ein persönliches Einwirken, wenn wir einen Vertreter dort haben. Wir bedürfen solcher Organe und das ganze Gebiet des Bundes ist durch Accreditive Preußens gedeckt. Ich möchte bitten, die Absicht des zweiten Theiles des Antrages aufzugeben. (Bravo!)

Abg. v. Bennigsen erklärt sich bei der Vertheidigung seines Antrages für die Theilung desselben. Die Anerkennung des norddeutschen Bundes in völkerrechtlicher Beziehung wird ohne Zweifel erfolgen und in wenigen Jahren wird es nur noch Vertreter des norddeutschen Bundes geben. Wenn der norddeutsche Bund sich weiter so kräftig entwickelt, so wird das ganze Ausland den deutschen Staaten seine Anerkennung nicht versagen. — Abg. v. Diest kann sich mit der vom Grafen Eulenburg vorgeschlagenen Theilung des Antrages nicht ganz einverstanden erklären. — Abg. Dr. Löwe will zugeben, daß die diplomatische Vertretung in den Kleinstaaten nothwendig sei für den norddeutschen Bund, wozu dann aber die Kosten für dieselben Preußen auflegen? Redner verweist sodann auf den Posten der Gesandten von Hannover. Wenn er irgend welche Hoffnung an die Macht des Bundes knüpfe, so sei es die: daß Preußen aufhören werde, ein Satelit der russischen Politik zu sein, und selbstständig Politik treiben werde. Ein solcher Gegenstand für die selbstständige Politik seien die Verhältnisse in den russischen Ostsee-Provinzen. Die russische Regierung trete für die Rechte der Christen in der Türkei und im Orient ein, aber ihre Noth sei nicht so groß, wie diejenige der esthischen und lettischen deutschen Bevölkerung in Rußland. Bei der Macht, die Preußen besitzt, könne es auch einmal sein Gewicht zu Gunsten dieser Bevölkerung in die Waagschale werfen.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete uns einen gerechten Vorwurf macht, wenn er uns eine Satelliten-Politik Rußland gegenüber vorwirft, ich möchte ihm in dieser Beziehung die Uebersetzung der russischen nationalen Moskauer Presse zu lesen empfehlen von dem Herrn Kathkon und Anderen, dort wird er finden, daß man von dort her die Verhältnisse gerade umgekehrt auffaßt, daß man sich auch dort das Bild eines Doppel-Gestirns denkt, aber nicht von gleicher

Gravitation, sondern daß man der russischen Regierung vorwirft, daß sie ihrerseits die Rolle des Mondes übernehme, mit demselben Unrecht, mit dem der Herr Vorredner anzudeuten schien, daß Preußen sie seinerseits übernehme. Zwischen befreundeten großen Staaten, die keine streitigen Interessen mit einander haben, giebt es unzählige Fälle, wo sie naturgemäß mit einander gehen, weil ihre Interessen dieselben sind, ohne daß man deshalb den Versuch zu machen braucht, die Beziehungen dadurch zu stören und zu verbittern, daß man dem Einen die Rolle der Unterordnung, dem Andern die der Leitung zuwendet. Aus diesem Grunde, weil die russische nationale Empfindlichkeit genau so lebendig ist wie die unsrige, hätte ich auch gewünscht, daß der Herr Vorredner sich enthalten hätte, sich russischer Unterthanen anzunehmen, die er als von Seiten Rußlands bedrückt bezeichnete. Wenn es ihm Ernst war, diesen Schützlingen wohlzuthun, so kann ich ihm versichern, daß er genau das Gegentheil von seinem Zweck erreichen wird und ihm dieselben wenig danken werden, daß er so heikle Fragen wie diese und andere angeregt hat. Der Herr Vorredner sitzt hier in voller Sicherheit und spricht ganz ungenirt. Was aber die Folgen seiner Worte für diejenigen sein werden, die er hat schützen wollen, das wollen wir abwarten; jede Regierung ist eifersüchtig auf ihre Unabhängigkeit, auf ihre Autonomie im Innern, und ich frage den Herrn Vorredner, ob er der K. Regierung zumuthen möchte, sich von irgend einer auswärtigen Regierung eine Einmischung in Bezug auf ihr Verhalten ihren Unterthanen gegenüber gefallen zu lassen? Ich glaube, er würde das mit derselben Entschiedenheit zurückweisen, mit welcher ich im Namen einer fremden und befreundeten Regierung den Versuch einer Einmischung in ihre Angelegenheiten — und im besseren Interesse der Schützlinge, für die der Herr Vorredner sprach — zurückzuweisen für meine Pflicht halte, im Interesse einer kleinen Minorität von Deutschen, die unter einer Ueberzahl von Esthen, Letten und einer noch größeren Ueberzahl von Russen, Einer gegen Tausend stehen; diese zu kompromittiren, ist kein guter Dienst, den man ihnen erweist. (Bravo! rechts.) In Bezug auf das weitere Feld, was der Herr Vorredner berührte, finde ich, daß der Zusammenhang desselben mit der gegenwärtigen Frage und mit Allem, was politischer Brauch und Logik mit sich bringt, so fern liegt, daß ich darauf nicht eingehe. Um aber mit dem Herrn Vorredner zur Sache, nämlich auf die Thätigkeit des preußischen Gesandten in St. Petersburg zu kommen, den ich nur ein paar Mal habe wörtlich figuriren sehen, den er aber sonst in seiner Thätigkeit nicht weiter berührte, wie mir schien, so kann ich versichern, daß die Sorgfalt der Regierung ebenso aufmerksam auf die Besserung des Grenzverkehrs mit Rußland gerichtet ist, wie früher, mit wenig merkbarem Erfolge, aber doch mit einigem, indem wir wenigstens in diesen Tagen zu Verhandlungen gelangt sind, und zwar auf Anregung Rußlands selbst, in Folge deren einer der Provinzial-Steuer-Direktoren der östlichen Provinzen sich auf russische Aufforderung nach St. Petersburg begeben hat, und wir hoffen, daß bei diesen Verhandlungen der preußische Gesandte das Interesse, welches die Königliche Regierung diesen Fragen widmet, wird bethätigen können, und daß die Rücksicht, die die russische Regierung auf die eigenen Unterthanen nimmt, uns dabei helfen und fördern wird, denn es ist immer — und der Herr Vorredner schien das mit Unrecht zu bestreiten — ein Vortheil, diesseits der Grenze zu wohnen, die russischen Unterthanen jenseits der Grenze, die Bewohner der oberen Gebiete des Niemen und der Weichsel leiden unter dieser Grenzsperre unendlich mehr, als die preußischen Einwohner diesseits der Grenze, schon aus dem einfachen Grunde, weil die letzteren die Seeküsten besitzen und die ersteren Einwohner des Binnenlandes sind, dessen Ströme durch das preußische Gebiet münden. Wenn der Herr Vorredner hofft, daß das Mitgefühl der russischen Regierung mit den Leiden unserer preußischen Provinzen werde verwerthet werden können, so habe ich in höherem Maße die Hoffnung, daß die Kaiserliche Regierung zu der Ueberzeugung kommen wird, daß sie den Einwohnern ihrer eigenen Grenz-Provinzen noch in höherem Maße eine Förderung und Erleichterung des Verkehrs schuldig sei, und daß wir nach dieser Richtung hin, wenn auch langsam, doch stetige Fortschritte machen werden, ohne daß ich heute schon bestimmen könnte, wann wir das Ziel erreichen werden (Bravo.)

(Schluß folgt.)

Hamburg, 9. Dezember. Die Bürgerschaft hat den Reichstags-Abgeordneten Melle zum Senator gewählt. Die demokratische Partei wurde bei der Wahl geschlagen, nachdem die Rechte auch bei der Wahl der Vertrauensmänner schon gesiegt hatte.

Dresden, 9. Dezember. Das „Dresdener Journal" desavouirt auf das Entschiedenste den in Pirna erscheinenden Militärvereins-Kalender, welcher Artikel enthalte, die mit der von der Regierung an den Tag gelegten Auffassung der Bundesverhältnisse und mit der Handlungsweise der Regierung überhaupt im Widerspruch stehen. — Das Kriegsministerium erklärt in einer amtlichen Bekanntmachung gleichfalls, daß jener Kalender durchaus in keiner Beziehung weder zu den Kommandobehörden, noch zur Regierung stehe, daß er auch nicht Organ der sächsischen Militärvereine sei, denen politische Tendenzen fern liegen.

Stuttgart, 9. Dezember. Das Abgeordnetenhaus beschloß heute, daß das Mandat der gegenwärtigen Abgeordnetenkammer bis zum 20. Februar 1868 sich erstrecken solle. Sodann wurde in die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Gerichtsorganisation, eingetreten, dessen Annahme gesichert erschein.

München, 9. Dezember. Auf der Militär-Konferenz haben die sämmtlichen Vertreter der süddeutschen Staaten Namens derselben den festen Entschluß kundgegeben, bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich einmüthig mit Preußen zusammenzustehen.

Ausland.

Wien, 9. Dezember. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat auf den Nachweis des Finanzministers, daß die beantragte Erhöhung der Münzscheineanzahl nur einer Veränderung in der Form, nicht aber auch in der Höhe und Natur der schwebenden Schuld sei, den Beschluß gefaßt, dem bezüglichen Gesetzentwurfe zuzustimmen, und auch dem Abgeordnetenhause die Annahme desselben anzuempfehlen.

Bern, 9. Dezember. Der Nationalrath verhandelte in heutiger Sitzung die Interpellation betreffend die von dem Bundesrathe einseitig angenommene Einladung Frankreichs zur Konferenz. Der Präsident des Bundesrathes, Dubs, gab Erklärungen ab, welche die Versammlung für zufriedenstellend erachtete. Es wurde demnach über die Interpellation Tagesordnung beschlossen. Der Ständerath ertheilte dem zwischen den Uferstaaten des Bodensee's bezüglich der internationalen Schifffahrts- und Hafenordnung abgeschlossenen Vertrage seine Genehmigung.

Brüssel, 9. Dezember. Dechamps, Bischof von Namur, wird als Nachfolger des verstorbenen Kardinal-Erzbischofs von Mecheln bezeichnet. — Preußen und England rathen Italien, von Frankreich die Rückkehr zur September-Konvention zu verlangen.

Paris, 9. Dezember. In der heutigen Sitzung des Corps législatif spricht Mr. Emile Ollivier über die auswärtige Politik der Regierung. Er sagt, daß der vorherrschende Charakter derselben eine unklare Agitation sei, welche in allen Fragen zur Machtlosigkeit führe; die Pforten des Janustempels seien niemals vollständig, sondern behutsam nur halb geöffnet. Hinsichtlich der Deutschen Angelegenheiten sei es unmöglich, die wirkliche Gesinnung der Regierung zu erkennen. Das Zirkulair Lavallette's war noch ein Ausdruck der Befriedigung, nach der Schlacht von Sadowa wurde man ängstlich; Drouyn de l'Huys verlangte Landau, Rastadt und die Rheinpfalz als Compensation für die Zulassung der militärischen Allianz Nord- und Süddeutschlands. Hinsichtlich Italiens zeigten sich dieselben Widersprüche. Durch den Abschluß der September-Konvention sei thatsächlich das Votum der Italienischen Kammer, daß Rom die Hauptstadt Italiens sei, acceptirt worden, gegenwärtig aber sei in den Erklärungen Rouher's die Zerstückelung Italiens mit inbegriffen.

— Die Mittheilung der „France", daß anläßlich der Erklärungen Rouher's in dem Ministerium Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, gewinnt an Konsistenz und hätten die formellen, verpflichtenden Erklärungen Rouher's die Veranlassung hierzu gegeben. Nach denselben wird die Konferenz in diplomatischen Kreisen für überflüssig, ja für unmöglich erachtet. — „Patrie" versichert dagegen, daß diese Behauptungen aller und jeder Begründung entbehren. Das im Schooße der Regierung bestehende Einverständniß ist keinen Augenblick gestört worden.

Florenz, 9. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer übernahm der neue Präsident, Kommandeur Lanza, den Vorsitz. Der Präsident theilte dem Hause mit, daß die Deputirten Micelli, La Porta und Villa Interpellationen in Bezug auf die Haltung der Regierung während der jüngsten politischen Ereignisse eingebracht hätten. — Der Deputirte Sella beantragte, daß vor der Debatte über die Interpellation folgende Motion zur Abstimmung gelange: „Die Kammer der Deputirten, ihrer Absicht getreu, das nationale Programm, durch welches Rom als Hauptstadt Italiens erklärt wird, unverletzt zu erhalten, ist zur Diskussion über die Interpellation übergegangen." Dieser Antrag ist sowohl von Mitgliedern der Rechten als der Linken unterzeichnet. Der Deputirte Sella hebt in seiner Rede die Wiederherstellung der italienischen Finanzen als hauptsächlich nothwendig hervor; er weist darauf hin, daß, um nach Rom zu gehen und vor Allem dort zu bleiben, es nothwendig sei, ernste Garantieen Seitens Europa's zu haben und daß die italienische Regierung zu diesem Zwecke gehalten sei, eine loyale, friedliche Politik zu verfolgen. Der Deputirte Cortese bekämpft den Antrag Sella's, weil er von Mitgliedern der Rechten und der Linken unterstützt wäre und daher als zweideutig aufgefaßt werden könnte. Diese Zweideutigkeit bezöge sich nicht auf das Prinzip, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden solle — worin Alle übereinstimmen — sondern auf die Mittel zu diesem Zwecke. Wir wünschen moralische Mittel, Andere Anwendung der Gewalt. Es sei nothwendig, diese Differenz klar zu legen, um bedauerlichen Folgen in Zukunft vorzubeugen. — Der Deputirte Crispi stimmt den Ansichten Cortese's vollständig bei. Die Zweideutigkeit müsse vermieden werden, es sei jetzt nothwendig, die Mittel zu berathen, um Rom zu erlangen, und später, wenn es nothwendig sein sollte, Rom wieder als Hauptstadt Italiens zu proklamiren. — Der Ministerpräsident Menabrea sagte, er stimme mit Crispi auf die Nothwendigkeit, die Mittel zu berathen, überein. Es handle sich hier nicht um ideale Bestrebungen, sondern darum, praktische Resultate zu erreichen. Der Antrag Sella's könne die Diskussion über die Interpellation nur beeinträchtigen, auch dürfe der Minister einen Antrag, der in dieser Weise unterstützt wird, nicht billigen. Eine derartige Koalition von Parteien könne die Zweideutigkeiten nur verlängern. — Menabrea fährt fort: „Lassen Sie uns das Prinzip, welches uns Allen am Herzen liegt, weder diskutiren, noch bestätigen, lassen Sie uns die Mittel berathen und den Weg deutlich bezeichnen, welchen wir zu verfolgen beabsichtigen. Ueber diesen Punkt hat sich die Regierung unverholen erklärt, sie wird ihre Ansichten mit Festigkeit behaupten. Das Land, der Zweideutigkeiten müde, wünscht zu wissen, wohin und mit wem wir gehen. Wenn die Römische Frage nicht früher gelöst worden ist, so klagen Sie nicht die rechte Seite dieses Hauses an, sondern Jene, welche das Land an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Schließlich sagt der Minister, der Antrag Sella's behaupte nur unbestimmt das Prinzip der Frage, und sei einer Diskussion des Parlaments nicht werth.

Nach der Rede La Porta's, welcher den Antrag bekämpfte und die Politik der Regierung tadelte, sprach sich die Kammer mit 201 gegen 166 Stimmen dagegen aus, die Motion Sella's vor der Tagesordnung zu berathen. Darauf zog Sella seine Motion zurück.

Die Kammer ging darauf zur Diskussion der Interpellation der Abgeordneten Micelli und La Porta über. La Porta ergriff das Wort und erging sich in heftigem Tadel der von der Regierung in der Römischen Frage verfolgten Politik. Er verweilte mit Nachdruck bei der französischen Intervention und den neuesten Erklärungen Rouher's. Die Sitzung wurde alsdann geschlossen und die Debatte bis auf morgen vertagt.

Newyork, 8. Dezember. Die Schuld der Vereinigten Staaten belief sich am 1. Dezember auf 2,639,000,000 Dollars. Im Staatsschatze befand sich an dem Tage ein Baarvorrath von 138,000,000 Doll. — Nachrichten aus Mexiko vom 27. November melden, daß Juarez Guatemala den Krieg erklärt habe.

Pommern.

Stettin, 10. Dezember. In Folge des seit Sonntag eingetretenen Frostwetters ist das Leuchtschiff Swantesitz gestern von seiner Station in Winterlage gebracht. Das Haff war gestern schon, soweit das Auge reichte, mit einer Eisdecke belegt, ebenso war der Dammansch und das Papenwasser mit Ausnahme weniger Stellen fest zugefroren. Heute zeigt sich auch in der Oder schon überall Eis.

— In der gestrigen Monats-Versammlung „des Stettiner Gartenbau-Vereins" machte zunächst Herr Haffner-Radekow Mittheilung über eine auf der Pariser Ausstellung prämiirte „Trauer-Haselnuß", die als Einzelstrauch auf Rasen von großem Effekt, aber bis jetzt auch noch ziemlich theuer sei. — Hr. Konsul Kisker hatte eine vor 2 Jahren neu in den Handel gekommene Iridea Schizortilis coccinea in voller Blüthenpracht ausgestellt. Die Kultur dieser Pflanze ist nicht schwer und um so lohnender, als die Pflanze ihre schönen Blüthen gerade in der an Blumen ärmsten Jahreszeit entfaltet. — Die im Fragekasten befindlichen Fragen werden, gemäß dem in voriger Sitzung gefaßten Beschluß, an sachverständige Mitglieder zur Debattirung und Berichterstattung für die nächste Versammlung übergeben. — Schließlich hielt Herr Obergärtner Schütz einen sehr gediegenen Vortrag über „Camellienzucht".

— Nach der Ausführung des Ober-Tribunals macht sich derjenige einer Gewerbesteuer-Defraude schuldig, welcher ein unbefugter Weise betriebenes Gewerbe nicht zur Besteuerung angemeldet hat.

— Ein neueres Obertribunals-Erkenntniß enthält folgenden Rechtsgrundsatz: „Eine Ehrverletzung, welche Jemand in dem guten Glauben vornahm, dadurch ein ihm zustehendes Recht zu wahren, ist straflos, selbst wenn der Richter finden sollte, daß es derselben zur Wahrung des Rechts nicht bedurft habe."

— Ein Kaufmann verkaufte mehrere Sachen, welche ihm und mehreren Handelsgesellschaftern gemeinschaftlich gehörten; deshalb wegen Unterschlagung angeklagt, behauptete er: ein Miteigenthümer, zumal ein Handelsgesellschafter, könne sich einer Unterschlagung an der gemeinschaftlichen Sache nicht schuldig machen. Er ist aber verurtheilt worden; das Obertribunal führte aus: „Ein Miteigenthümer, insbesondere auch ein Handelsgesellschafter, kann an der gemeinschaftlichen Sache zum Nachtheile der Uebrigen eine Unterschlagung begehen."

— Ueber die Verpflichtung der Gutspächter zu Leistungen für die Schule sagt ein Reskript des Kultusministers vom 21. September: Der Pächter gehört für seine Person zu den Hausvätern der betreffenden Schulgemeinde und ist demgemäß zu dem Gehaltszuschuß beizutragen verpflichtet. Der Umstand, daß er seine Kinder nicht in die Elementarschule schickt, befreit ihn hiervon nicht, da gesetzlich auch kinderlose Mitglieder der Schulgemeinde zur Unterhaltung der Schule beizutragen verpflichtet sind.

— Ein noch ziemlich junges Frauenzimmer macht in neuerer Zeit ein lohnendes Gewerbe daraus, in hiesigen größeren Geschäften im angeblichen Auftrage eines höheren aktiven Militärs werthvolle Gegenstände zur Ansicht für ihren Auftraggeber zu erbitten und mit denselben sodann spurlos zu verschwinden. Es wird sich deshalb empfehlen, daß die Geschäftsleute auf jene Person ein wachsames Auge richten.

— Der eintretende Winter macht sein Recht in jeder Beziehung geltend. Ein sprechender Beweis dafür ist, daß sich im Laufe des gestrigen Abends und der letzten Nacht im hiesigen Polizeigefängniß nicht weniger als 7 Personen „obdachlos" meldeten, um freies Nachtquartier zu erhalten.

Garz a. O., 9. Dezember. Eine der brennendsten Tagesfragen hiesiger Stadt hat nunmehr ihren vorläufigen Abschluß gefunden. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 4. d. M. nämlich ist mit 12 gegen 10 Stimmen die Errichtung einer höheren Schule und zwar eines Progymnasiums beschlossen worden. Die weitere Bearbeitung der Angelegenheit wird nun der Magistrat, dessen sämmtliche Mitglieder ein lobenswerthes Interesse daran an den Tag legen, in die Hand nehmen und es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß Garz und Umgegend sich recht bald, wo möglich schon Ausgangs 1868, der Segnungen einer höheren Lehranstalt erfreuen werden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 9. Dezember c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1041 Stück. Der Handel war bei heutigen Zutriften ziemlich lebhaft, und wurde beste Waare mit 17, auch 18 Rt., mittel 13 bis 15 Rt., ordinäre 9—11 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3372 Stück. Die Durchschnittspreise waren ebenso gedrückt, als vorwöchentlich. Beste feine Kernwaare konnte nicht sicher 17 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 1887 Stück, welche zu anhaltend höheren Preisen aufgeräumt wurden.

An Kälbern 504 Stück, wofür sich die Durchschnittspreise bei lebhaftem Verkehr mittelmäß gestalteten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 9. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Ernestine Seydel Binder, von Hull. Fortuna, Södemann, von Leer. Cito, Rüchel, von Antwerpen. Pius IX., Leewe, von Newcastle. Archimedes (SD), Darmer, von Königsberg. Carl, Pagels, von Hull. Joan, Holz, von Newcastle, letzte 2 löschen in Swinemünde. Wind: NW. Revier $16\frac{1}{4}$ F. Strom ausgehend. 2 Segelschiffe und 1 Dampfschiff seewärts ankommend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Dezember. Witterung: Schneetreiben, Temperatur — 3 °, Morgens — 7 ° R.. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen behauptet, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 93—96 Rt. bez., bunter polnischer 92—95 Rt. bez., ungarischer 85—88 Rt. bez., feiner mährischer und ungarischer 90—91 Rt. bez., ordin. ungarischer 80—84 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Dezember 94 Rt. nom., Frühjahr 96, $96\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco geringer 70—72 Rt. bez., ungarischer $73\frac{1}{2}$, 74 Rt. bez., polnischer $72\frac{1}{2}$ Rt. bez., Dezember $73\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $73\frac{1}{2}$, 73 Rt. bez.

Gerste per 1750 Pfd. loco märkische $51\frac{1}{2}$ Rt. bez., Oderbruch 51 Rt. bez., schles. 50, $50\frac{1}{2}$ Rt., mähr. 52 Rt. bez., Frühjahr 69—70pfünd. schles. 53 Rt. Gd., 54 Br.

Hafer loco pr. 13 0 Pfd. $34\frac{1}{2}$—35 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $36\frac{1}{3}$ Rt. bez., $\frac{1}{4}$ Gd.

Erbsen loco pr. 2250 Pfd. Futter- 64—$65\frac{1}{2}$ Rt. bez., Koch- 66 bis $67\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr Futter- 68 Rt. Gd., 69 Br.

Rüböl behauptet, loco $10\frac{1}{3}$ Rt. Br., Dezember $10\frac{1}{6}$ Rt. bez., $10\frac{1}{12}$ Gd., Januar $10\frac{5}{24}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{19}{24}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., $\frac{5}{6}$ Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $20\frac{1}{4}$ Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar $20\frac{1}{12}$ Rt. bez, Frühjahr $20\frac{11}{12}$ Rt. bez., 21 Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen $73\frac{1}{2}$, Rüböl $10\frac{1}{6}$, Spiritus $20\frac{1}{12}$.

Hamburg, 9. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 167 Bankothaler Br., $166\frac{1}{2}$ Gd., pr. Dezember-Januar $166\frac{1}{2}$ Br., 166 Gd., pr. Frühjahr $171\frac{1}{2}$ Br., 171 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 136 Br. u. Gd., pr. Dezember-Januar 135 Br. u. Gd., pr. Frühjahr 133 Br., $132\frac{1}{2}$ Gd. Hafer stille. Rüböl stille, loco $22\frac{1}{4}$, per Mai $23\frac{1}{4}$. Spiritus, Kaffee und Zink unverändert. — Frostwetter.

Amsterdam, 9. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco matt, per März 310, per Mai 309. Raps per April 72, per Oktober 72. Rüböl per Mai $37\frac{3}{4}$, per November-Dezember 1868 $38\frac{1}{2}$.

London, 9. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 56,707, Gerste 12,380, Hafer 28,902 Quarters.

Weizen englischer nur feine Qualität zu Montagspreisen verkauft, fremder ruhig. Gerste 1 s höher. Hafer, 6 d höher. — Frostwetter.